

OA-Update / 9, 25. Juni 2021

Osteuropa



Der Juni stand ganz im Zeichen der Diskussion um westliche (Wirtschafts-) Sanktionen gegen Belarus, die am 21. und am 24. Juni 2021 verkündet wurden. In der Ukraine gewinnt die Debatte um die Auszahlung der nächsten IWF-Tranche und die Sicherung der Anti-Korruptionsinfrastruktur an Dynamik. Darüber hinaus möchte sich das Land ganz gezielt zu einem strategischen Partner bei der Erzeugung von grünem Strom und Wasserstoff sowie zum Gashub für die Europäische Union entwickeln.

In Armenien haben am 20. Juni 2021 Neuwahlen einen eindeutigen Sieg der Partei des bisherigen Premierministers Nikol Pashinjan ergeben. Beobachter hoffen nun auf größere politische Ruhe und Planbarkeit. Georgien verkündete große Investitionen in den Infrastrukturausbau und aserbaidchanischen Agrarexporteuren steht der Weg nach Russland wieder offen. Mit besonderer Aufmerksamkeit betrachtet man die Ausbreitung der Delta-Variante des Corona-Virus, insbesondere in der Ukraine.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Das Parlament der Ukraine hat in finaler Lesung den **Gesetzentwurf zur Wiedereinführung von Strafen für die Abgabe betrügerischer elektronischer Erklärungen oder die Nichtabgabe der Erklärung durch Staatsbeamte** angenommen (Gesetzentwurf #4651). Mit dem Gesetz sollte die Gefängnisstrafe für betrügerische oder fehlende Erklärungen wieder eingeführt werden, nachdem das Verfassungsgericht im Oktober 2020 entschieden hatte, solche Strafen in der älteren Gesetzgebung zu streichen. **Kritiker der Neufassung bemängeln**, dass **Vermögen von Familienmitgliedern nicht mit angegeben werden müssen** oder dass **Beamte nicht mit einer Gefängnisstrafe für versäumte Erklärungen rechnen müssen**. Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigte an, gegen das Gesetz sein Veto einzulegen. **Beobachter** gehen davon aus, dass das **Gesetz verändert werden wird, um Auszahlungen im Rahmen des laufenden Stand-By-Agreements mit dem Internationalen Währungsfonds abzusichern**. Selenskyj betonte unterdessen die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem IWF. Diese sei wichtig für die finanzielle Stabilität und das Investitionsklima der Ukraine. Beobachter gehen davon aus, dass die ukrainische Regierung in den nächsten Wochen eine gemeinsame Basis mit dem IWF finden wird und bis Ende Juli mit einer neuen IWF-Tranche rechnen kann.

Unterdessen haben 36 Abgeordnete des ukrainischen Parlamentes einen **Resolutionsentwurf initiiert, um die ukrainischen Schulden gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu restrukturieren**. Der Resolutionsentwurf soll das ukrainische Kabinett verpflichten, einen Brief an den IWF vorzubereiten, in dem die „Restrukturierung eines Teils der Auslandsschulden“ zur Debatte gestellt wird. **Die Initiatoren begründen die „Notwendigkeit, die Bedingungen der Zusammenarbeit mit dem IWF zu überarbeiten“** mit der hohen Schuldenlast der Ukraine und ihrem Verständnis, dass **„die meisten der vom IWF angebotenen Reformen widersprüchlich und ineffizient für den Staat waren“**. Experten räumen solchen Initiativen aktuell **wenig Chancen auf Erfolg** ein, sehen **jedoch die Möglichkeit**, dass diese **künftig an Popularität gewinnen könnten**, falls die Ukraine sich in den kommenden Wochen nicht mit dem IWF auf eine Überprüfung des laufenden Stand-by-Programms einigen kann. **Die Ukraine schuldet dem IWF etwa 10,5 Milliarden US-Dollar, die in den nächsten 4,5 Jahren zurückgezahlt werden müssen, davon drei Milliarden in den nächsten 18 Monaten.**

Die Ukraine **deckt ihren unmittelbaren Finanzbedarf weiterhin stark durch die Platzierung von Bonds**. Am 8. Juni 2021 konnten Bonds im Wert von 14,2 Milliarden Griwna sowie zusätzlich Bonds im Wert von 182 Millionen US-Dollar platziert werden, was einem Gegenwert von insgesamt 19,1 Milliarden Griwna entspricht. In der Vorwoche konnten 15,9 Milliarden Griwna eingenommen werden. Die Nachfrage am 16. Juni fiel geringer aus, während die Auktionen am 22. Juni dann wieder erfolgreicher waren. Marktbeobachter deuten die Volatilität als Zeichen, dass sich die Ukraine nicht allein auf die Refinanzierung über Bonds verlassen dürfe und **weiterhin auf die Zusammenarbeit mit dem IWF angewiesen sei**.

Mit Blick auf die **Diskussion um die Gaspipeline NordStream2** erklärte der **ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba**, dass die Ukraine **bereit wäre, einem Start des Projektes zuzustimmen**, wenn im Gegenzug das **ukrainische Territorium von russischen Truppen geräumt würde und die Energiesicherheit der Ukraine gewährleistet würde**. Die Erklärung stand im zeitlichen Zusammenhang des G7-Treffens im englischen Cornwall am 13. Juni und des Treffens zwischen dem US-Präsidenten Joe Biden und dem russischen Präsident Wladimir Putin kurz danach.

Derzeit arbeitet die Ukraine an der **Erstellung einer Wasserstoffstrategie**. In verschiedenen Äußerungen teilte **Außenminister Kuleba mit**, dass die Ukraine als **Produktionsstandort für (grünen) Wasserstoff zu einem wichtigen Player in Europa werden wolle**. Dies sei im Zusammenhang mit dem Green Deal der Europäischen Union, aber auch im Zusammenhang mit der Nutzung des ukrainischen Pipeline-Netzes nach einer Inbetriebnahme von NordStream2 von großer Bedeutung. **Die Ukraine wolle mit dieser Verflechtung größere wirtschaftliche und strategische Sicherheit erlangen**.

Die Diskussion um die Ernennung von **Juri Witrenko als CEO des staatlichen Naftogaz-Konzerns sorgt im Land weiterhin für starke Diskussionen**. Die **Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NACP) bewertete die Ernennung klar als Verstoß gegen die Anti-Korruptions-Gesetzgebung** des Landes. Die NACP forderte das Kabinett am 15. Juni 2021 auf, Maßnahmen zur Beendigung des Vertrages zu ergreifen sowie bestimmte Artikel des Kabinettsbeschlusses vom 28. April zu annullieren, auf dessen Grundlage Witrenko zum CEO von Naftogaz ernannt wurde. Das Kiewer Bezirksverwaltungsgericht lehnte allerdings den Antrag der NACP auf Annullierung der Ernennung am 18. Juni 2021 ab. Am 16. Juni beantragte die Vorsitzende des Naftogaz-Aufsichtsrates die Entlassung von Witrenko und teilte damit die Ansicht der NACP. **Die Regierung widersprach dieser Ansicht und hält die Ernennung für rechtmäßig. Es zeichnet sich daher die Fortsetzung des Konflikts im Aufsichtsrat ab, der je zur Hälfte mit unabhängigen bzw. staatlich ernannten Mitgliedern besetzt ist**. Premierminister Denys Schmyhal muss nun innerhalb von zehn Tagen über die Entlassung entscheiden. Die **juristische Auseinandersetzung um die Personalie könnte die Platzierung einer neuen Euroanleihe im Juli 2022 in Höhe von 335 Millionen US-Dollar gefährden**, daher ist die Klärung der Frage dringlich.

Die **Nationalbank der Ukraine (NBU)** gab am 17. Juni bekannt, dass der **Leitzins unverändert bei 7,5 Prozent** belassen wird. Damit erfolgt **keine weitere Reaktion auf die steigende Inflation** im Land. Der Preisauftrieb sei hauptsächlich das Ergebnis von Preissteigerungen bei sehr volatilen Komponenten des Warenkorbs und vornehmlich durch kurzfristige Faktoren verursacht worden. Auch die niedrige Vergleichsbasis des Vorjahres spiele eine Rolle.

Belarus

Die **Europäische Union hat am 21. Juni 2021 das Sanktionsregime gegen Belarus erweitert**. Der Europäische Rat verhängte gegen weitere 78 belarussische Einzelpersonen und acht Einrichtungen restriktive Maßnahmen. Der Beschluss erfolgte nach Angaben des Rates der Europäischen Union angesichts „der Eskalation der schweren Menschenrechtsverletzungen in Belarus und der gewaltsamen Unterdrückung der Zivilgesellschaft, der demokratischen Opposition und von Journalisten“. **Unter den neu gelisteten Namen sind eine**

juristische und sieben natürliche Personen, die im Zusammenhang mit der erzwungenen Landung eines Ryanair-Fluges in Minsk am 23. Mai 2021 in die Sanktionsliste aufgenommen wurden. Die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Belarus gelten nunmehr für insgesamt 166 Personen und 15 Organisationen. **Die überwiegende Mehrheit sind leitende Mitarbeiter der Verwaltung oder aus dem Justizwesen sowie Politiker. Daneben führt die Liste auch einige Geschäftsleute und Unternehmen, die dem engeren Umfeld von Alexander Lukaschenko zugerechnet werden.**

Die Vermögenswerte der gelisteten Personen in der EU werden eingefroren und EU-Bürgern und -Unternehmen ist es untersagt, den genannten Personen Gelder oder wirtschaftliche Güter zur Verfügung zu stellen. Natürliche Personen unterliegen zusätzlich einem Reiseverbot, das sie an der Einreise in oder Durchreise durch EU-Territorien hindert. **Zu den Institutionen zählen auch die großen staatlichen Betriebe BelAZ (Produktion von Schwerlast-LKW) und das Minsker Automobilwerk MAZ.** Die konkreten restriktiven Maßnahmen sind bereits in einem Sanktionsbeschluss aus dem Jahr 2012 niedergelegt, auf den sich die aktuelle Liste bezieht: [Beschluss 2012/642/GASP des Rates vom 15. Oktober 2012 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus \(europa.eu\)](#). Den Text und die Liste für die seit dem 21. Juni geltenden Maßnahmen finden Sie hier: [Publications Office \(europa.eu\)](#).

Darüber hinaus hat die Europäische Union am 24. Juni neue **Wirtschaftssanktionen** verhängt. Sie beinhalten das Verbot, direkt oder indirekt **Ausrüstungen, Technologien oder Software**, die in erster Linie für die Überwachung oder das Abhören des Internets und des Telefonverkehrs bestimmt sind, sowie **Dual-Use-Güter und -Technologien für militärische Zwecke** an bestimmte Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Belarus zu verkaufen, zu liefern, weiterzugeben oder auszuführen. Der Handel mit **Erdölprodukten, Kaliumchlorid ("Pottasche")** und Waren, die für die Produktion oder Herstellung von **Tabakprodukten** verwendet werden, ist eingeschränkt. Darüber hinaus wird der Zugang zu den **EU-Kapitalmärkten** begrenzt und die Bereitstellung von **Versicherungen und Rückversicherungen** für die belarussische Regierung und belarussische öffentliche Einrichtungen und Agenturen ist verboten. Schließlich wird die **Europäische Investitionsbank** alle Auszahlungen oder Zahlungen im Rahmen bestehender Vereinbarungen in Bezug auf Projekte im öffentlichen Sektor und alle bestehenden Dienstleistungsverträge für technische Hilfe einstellen. Die Mitgliedsstaaten werden auch verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um das Engagement der **multilateralen Entwicklungsbanken**, deren Mitglied sie sind, in Belarus zu begrenzen. In Kürze sollen zu den Sanktionen konkrete Umsetzungsbestimmungen veröffentlicht werden. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU treten sie dann in Kraft. Die bisherigen Reaktionen aus Belarus deuten auf eine noch **stärkere Hinwendung zu Russland, zu den Partnern in der Eurasischen Wirtschaftsunion und nach China** hin. Der belarussische Wirtschaftsminister Alexander Tscherwjakow rechnet laut einem Statement vom 21. Juni 2021 mit Schäden in Höhe von rund drei Prozent des belarussischen Bruttoinlandsproduktes durch die Sanktionen.

Südkaucasus

Das Parlament von **Georgien hat die Befugnisse der Regierung, Covid-19 bezogene Beschränkungen zu verhängen, bis zum 1. Januar 2022 verlängert.** Zwischenzeitlich wurden einige Coronavirus-Beschränkungen aufgehoben: Seit dem 22. Juni ist das Tragen einer Ge-

sichtsmaske in Außenbereichen nicht mehr zwingend vorgeschrieben, während die Beschränkung an Versammlungsorten wie Bushaltestellen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Innenräumen in Kraft bleibt. **Darüber hinaus wird ab dem 1. Juli die Ausgangssperre in Georgien aufgehoben**, jedoch werden Restaurants und Lebensmitteleinrichtungen im Allgemeinen bis 00:00 Uhr geöffnet sein. Der Betrieb von Nachtclubs bleibt eingeschränkt.

Die United States Agency for International Development (USAID) hat in Kooperation mit der Regierung ein **neues Fünf-Jahres-Programm in Georgien gestartet, das den Aufbau eines widerstandsfähigen und diversifizierten Energiemarktes zum Ziel hat**. Unterstützt werden sollen **politische Reformen und Investitionen des Privatsektors, die zur Modernisierung der georgischen Energieinfrastruktur und dem Aufbau neuer Stromerzeugungskapazitäten** führen sollen.

Die **Nationalbank von Georgien (NBG)** wurde im Rahmen der internationalen Publikation Central Bankings Summer Meetings **mit zwei Auszeichnungen in den Kategorien Risikomanager und Transparenz geehrt**. Damit wurden auch die Transformationsanstrengungen der Bank in den vergangenen Jahren anerkannt, während derer die Nationalbank ihren Instrumentenkasten kontinuierlich ausgebaut hat, die zu einem transparenteren Handeln und zu einem stabilen makroökonomischen Umfeld im Land geführt haben.

Der **georgische Finanzminister Lasha Khutsishvili** hat das Steuerdefizit durch die Corona-bedingten Wirtschaftsausfälle auf 1,9 Milliarden Lari beziffert. **Insgesamt belastete die Pandemie das Budget für 2020-2021 mit 7,2 Milliarden Lari (etwa 2,3 Milliarden US-Dollar)**. Unter anderem dank der finanziellen Unterstützung internationaler Partner in Höhe von 2,1 Milliarden US-Dollar konnten die Belastungen relativ eingehegt werden. **Nach Angaben des Finanzministers haben etwa 60.000 Unternehmen von Unterstützungsprogrammen profitiert**. Gleichzeitig kündigte er an, dass die **georgische Regierung in den nächsten vier Jahren Infrastrukturprojekte im Wert von mehr als 20 Milliarden Lari (rund 6,3 Milliarden US-Dollar) finanzieren wird**.

Am 20. Juni haben in **Armenien vorgezogene Neuwahlen** stattgefunden. **Die Partei des bisherigen Premierministers Nikol Pashinjan konnte die Wahlen mit einer deutlichen Mehrheit für sich entscheiden und kann damit weiter die Regierung stellen**. Die OSZE bewertete den Wahlkampf als stark polarisiert und geprägt „durch eine zunehmend hetzerische Sprache von Schlüsselkandidaten“. Obwohl die Wahlen stark umkämpft waren, bescheinigte die OSZE, dass die Abstimmung innerhalb eines kurzen Zeitrahmens gut organisiert und in der Gesamtbewertung gut durchgeführt wurde.

Wahlergebnisse: Die Partei „Bürgerlicher Vertrag“ von Premier Paschinjan gewann 54 Prozent der Stimmen. Der „Armenien-Block“, angeführt von Ex-Präsident Robert Kocharyan, kam auf 21 Prozent und der „Ehre-Block“ des ehemaligen Direktors des Nationalen Sicherheitsdienstes Artur Vanetsyan auf 5,2 Prozent. Die Partei „Wohlhabendes Armenien“ erhielt vier Prozent der Stimmen und die Partei „Hanrapetutyun“ drei Prozent. An den vorgezogenen Wahlen zur Nationalversammlung Armeniens nahmen 21 Parteien und vier Blöcke teil. Alle Angaben veröffentlichte die Zentrale Wahlkommission.

Die **Erteilung von Exportgenehmigungen in Armenien soll künftig vereinfacht werden**. Rafik Mashadyan, erster stellvertretender Leiter des Komitees für Staatseinnahmen, kündigte am 10. Juni 2021 an, dass zeitnah „One stop shops“ in Zollämtern und an den Grenzkontrollpunkten eingerichtet werden, um Exportverfahren zu vereinfachen. Jetzt müssen Unternehmer beim Import und Export von Waren Genehmigungen einreichen, die von den autorisierten Stellen zur Verfügung gestellt werden und ausschließlich in Papierform erstellt werden. **Künftig sollen die Genehmigungen elektronisch ausgestellt und die Anzahl der erforderlichen Dokumente sowie die Bearbeitungszeit reduziert werden, sodass Anträge bereits nach zwei Tagen, statt wie bisher nach fünf Tagen fertig bearbeitet sind**. Ausnahmen gelten für Exportgüter, die besonderen Genehmigungsverfahren unterliegen.

Aserbaidschan und die internationale Transportorganisation TRACECA wollen den **Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien** weiter ausbauen und dabei insbesondere die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker nutzen. Vertreter des aserbaidischen Verkehrsministeriums und des TRACECA-Generalsekretariats vereinbarten, bei der Entwicklung des multimodalen Transports und der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Containerverkehrs enger kooperieren zu wollen. Die TRACECA wurde 1993 gegründet und ist ein internationales Transportprogramm, an dem die Europäische Union und zwölf Mitgliedsstaaten der Region Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien (Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan) beteiligt sind.

Die **Steuereinnahmen des aserbaidischen Staatshaushaltes erreichten im Zeitraum Januar bis Mai 2021 3,8 Milliarden Manat (2,2 Milliarden US-Dollar) und überstiegen die Prognose damit um rund 27 Prozent**. Nach Angabe von Wirtschaftsminister Mikhail Jabarow speist sich das Wachstum vor allem aus dem Nicht-Öl- und dem Gas-Sektor. Für das Jahr 2021 rechnet das Ministerium mit Steuereinnahmen in Höhe von 25,4 Milliarden Manat (14,9 Milliarden US-Dollar), was 33,6 Prozent des BIP entspricht.

Die russische Agraraufsichtsbehörde **Rosselkhoznadzor hat den Import von aserbaidischen Tomaten und Äpfeln per Eisenbahn ab dem 15. Juni 2021 genehmigt**. Einunddreißig Tomaten- und 24 Apfelproduzenten, die in Aserbaidschan tätig sind, dürfen ihre Produkte nunmehr per Schiene in die Russische Föderation liefern. Der Transport der Waren muss mit voller Rückverfolgbarkeit durchgeführt werden, begleitet von Pflanzengesundheitszeugnissen. Ab dem 1. Oktober 2021 ist dann auch der Transport von Äpfeln und Tomaten aus Aserbaidschan nach Russland per Container möglich. **Am 10. Dezember 2020 hatte Rosselkhoznadzor den Import von aserbaidischen Tomaten und Äpfeln mit der Begründung untersagt**, dass die Einfuhr und die Verbreitung von Pestiziden nach Russland verhindert werden müsse. Aserbaidschan ist ein wichtiger Lieferant von Obst und Gemüse nach Russland. Das Land belegt den ersten Platz bei den Lieferungen von frischen und gekühlten Tomaten.

Konjunktur

Ukraine: Die Inflationsrate lag im Mai 2021 bei 9,5 Prozent im Jahresvergleich. Im April 2021 lag dieser Wert noch bei 8,4 Prozent, wie der Staatliche Statistikdienst der Ukraine

am 9. Juni mitteilte. Steigende Lebensmittelpreise waren der Haupttreiber der Verbraucherinflation und befinden sich aktuell auf einem Zweijahres-Hoch. Die Tarife für Haushaltsgas, die nach dem Einfrieren während der kalten Jahreszeit wieder freigegeben wurden, trugen ebenfalls zur steigenden Inflation im Mai bei.

Belarus: Das BIP des Landes hat sich in den ersten fünf Monaten 2021 um 0,4 Prozent reduziert, wobei die Aussichten für das Gesamtjahr extrem heterogen bleiben und verschiedene Institutionen Wachstumsprognosen zwischen minus zwei Prozent bis plus zwei Prozent ausgegeben haben. Die Inflation liegt mit über neun Prozent deutlich über dem Zielwert der Nationalbank. Wie die Experten des German Economic Team mitteilen, hat sich der Außenhandel in den Monaten Januar bis April 2021 deutlich erholt. Dies sei aber vor allem auf Basis- und Preiseffekte zurückzuführen.

Armenien: Die armenische Zentralbank erwartet für das laufende Jahr, dass die Menge privater Rücküberweisungen von Auslandsarmeniern um 15 bis 17 Prozent wachsen wird. Nach Angabe der Union der Banken Armeniens stiegen die privaten Geldüberweisungen nach Armenien im ersten Quartal 2021 um 14,7 Prozent auf 406 Millionen US-Dollar im Vergleich zum Vorjahr. Russland und die USA sind Hauptquellen der Zuflüsse.

Die **armenische Zentralbank** hat ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 auf 4,6 Prozent nach oben korrigiert. Die Aufwärtskorrektur wurde durch das Wachstum des Dienstleistungssektors veranlasst, von dem die Bank glaubt, dass er in diesem Jahr um 6,2 Prozent wachsen wird.

Georgien: Das Land exportierte von Januar bis Mai 2021 Waren im Wert von 1,53 Milliarden US-Dollar und damit 24,4 Prozent mehr als im Vergleich zum Vorjahr, wie das Nationale Statistikamt Georgiens (Geostat) mitteilte. Hauptabnehmer waren China (250 Millionen US-Dollar), Russland (185,8 Millionen US-Dollar) und die Türkei (125,9 Millionen US-Dollar). Kupfererze und -konzentrate liegen mit 29,1 Prozent an der Spitze der Exportgüter, gefolgt von Ferrolegierungen (12,8 Prozent) und Wein (7,6 Prozent).

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am **8. Juni 2021** traf der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit Mitgliedern zu einem **Abendessen mit dem Außenminister der Ukraine Dmytro Kuleba in Berlin** zusammen. Im Zentrum des Austausches standen vor allem Energiethemen wie der Ausbau und die Nutzung von Erneuerbaren Energien und die Entwicklung der Ukraine zu

einem wichtigen Standort für die Erzeugung von grünem Wasserstoff. Auch die Auswirkungen des EU Green Deal sowie bestehenden Hindernisse wie Zertifizierungs- und Finanzierungsfragen wurden diskutiert.

Berlin, Dortmund und Warschau: Dies waren am 9. Juni die Stationen der virtuellen **Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses**. Das traditionelle Sommer-Event fand wegen der Corona-Epidemie online statt. Neben dem Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes in Dortmund wurde in Warschau der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki live zugeschaltet. Anschließend gab der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms einen Überblick über die aktuellen und geplanten Aktivitäten des Ost-Ausschusses. Die gestreamten Reden und weitere Hintergrundinformationen können über die Seite www.oa-stream.de abgerufen werden.

In der anschließenden Präsidiumssitzung des Ost-Ausschusses wurde **Rolf Najork**, Geschäftsführer (G3) der Robert Bosch GmbH, in der Nachfolge von Uwe Raschke in das Präsidium aufgenommen. Im Rahmen der Mitgliederversammlung erfolgte die Wahl von **Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach**, Vorsitzender des Vorstands der Uniper SE, in den Ost-Ausschuss-Vorstand als Nachfolger von Andreas Schierenbeck. Außerdem freut sich der Ost-Ausschuss über **neun neue Mitgliedsunternehmen**:

Becker Mining Europe GmbH, UNYLECTA, Degussa Sonne/Mond Goldhandel GmbH, Fährhafen Sassnitz GmbH/Mukran Port, Josef Schmelter GmbH, Meesenburg Grosshandel KG, NOTUS energy GmbH, Seib GmbH, Trützschler GmbH & Co. KG

Am **10. Juni 2020** hat das **dritte Format im Rahmen der German Ukrainian Digital Partnership mit dem Schwerpunkt E-Health stattgefunden**. Vertreter der German Health Alliance, der Bayer AG sowie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie diskutierten mit ukrainischen Startups und Clustern Produkte, Trends und Kooperationsmöglichkeiten. Die Aufzeichnung der Sitzung und Präsentationen der ukrainischen Firmen finden Sie auf www.gu-dp.com.

In den vergangenen Wochen haben **diverse Runden, Termine und Briefings stattgefunden, im Rahmen derer über die aktuelle Lage in Belarus** und die Auswirkungen auf die Wirtschaft informiert wurde. Dazu zählten viele Gespräche mit Journalisten, intensive Kommunikation mit Unternehmen und mit Regierungsstellen.

Am **17. Juni** hat der **Ost-Ausschuss gemeinsam mit der staatlichen Investitionsförderagentur UkraineInvest einen „Automotive Investors Call“ durchgeführt**. Im Rahmen des Formats informierten Vertreter der Ukraine über die Investitionsbedingungen im Sektor und die Standortfaktoren. Ergänzt wurden die Inputs durch Erfahrungsberichte deutscher und internationaler Investoren der Branche. Die Präsentationen können beim Ost-Ausschuss erfragt werden.

Termine

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **29. Juni: German Ukrainian Digital Partnership**, Präsentation im Rahmen des RuhrSummit 2021: [Agenda - ruhrSUMMIT 2021](#)



Diese Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** findet in Kooperation mit den IT-Clustern Kiew, Charkiw und Dnipro, der Lwiw Startup School, der Ukrainian Venture Capital Association und der AHK Ukraine sowie NRW.Global Business statt.

- **2. Juli: Sanktionsbriefing Belarus** mit dem deutschen Botschafter in Minsk, Manfred Huterer – nur für Mitglieder
- **Anfang September: Energy Sector in Ukraine** - Current developments and future business opportunities
- **Anfang September:** Delegationsreise nach Armenien und Georgien (Durchführung entsprechend geltender Hygieneregeln und unter Berücksichtigung der dann aktuellen Pandemiesituation.)

Tipps & Links

Mittel- und Osteuropa Jahrbuch 2021 erschienen

Anlässlich der virtuellen Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses am 9. Juni 2021 ist jetzt das umfangreiche Mittel- und Osteuropa-Jahrbuch 2021 erschienen. Es wird in Kooperation mit dem OWC-Verlag für Außenwirtschaft erstellt und erscheint bereits zum 15. Mal. Das Jahrbuch Mittel- und Osteuropa 2021 enthält auf rund 200 Seiten einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in unseren 29 Partnerländern und dokumentiert die Veranstaltungen und Projekte des Ost-Ausschusses in den zurückliegenden zwölf Monaten. Für eine kostenlose Zusendung (Printversion) des Jahrbuchs wenden Sie sich bitte an m.stender@oa-ev.de

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Die **Analysten des German Economic Team** haben im Juni ihre aktuellen Wirtschaftsaussblicke veröffentlicht:

[Wirtschaftsausblick Ukraine](#)

[Wirtschaftsausblick Belarus](#)

[Wirtschaftsausblick Georgien](#)

[Wirtschaftsausblick Armenien](#)

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidschan: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covid19.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus**, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidschan
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)